

AKTUELLE INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI 03/2014

Ein Ja zur Einheitskasse

Die EVP beschloss an der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2014 in Ittigen die Ja-Parole zur Einheitskasse. Die Delegierten kritisierten vor allem die hohen Kosten für Marketing und Verwaltung und die lästigen Werbeanrufe der Krankenkassen.



Die EVP-Delegierten geben der Einheitskasse eine Chance.

(jdr). EVP-Nationalrätin Maja Ingold eröffnete an der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2014 im Haus des Sports in Ittigen BE die Debatte zur Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse»

(Einheitskasse) mit ihrem Contra-Referat. «Das Schweizer Gesundheitswesen ist nicht perfekt, aber es liegt deswegen noch lange nicht auf der Intensivstation, wie es die Initiative suggeriert», betonte Maja Ingold. Ob ein Systemwechsel Verbesserungen bringen würde, sei höchst fraglich. Die Mehrheit der Delegierten war anderer Meinung.

Massive Kritik der Delegierten

Die EVP-Delegierten kritisierten, dass die Kosten für Marketing und Verwaltung bei den Versicherern in den letzten Jahren gestiegen seien. Zudem würde der vielgepriesene Wettbewerb nicht dazu führen, dass die Prämien sinken würden. Der Wettbewerb sei auch deshalb nicht nötig, da die Leistungen in der Grundversicherung schon festgelegt seien. Als positives Beispiel wurde mehrmals die SUVA genannt, die aufzeigen würde, dass eine staatlich geführte Versicherung gut funktionieren kann. Während einer längeren Diskussion machten viele Delegierten ihrem Ärger über teure Plakatkampagnen und TV-Spots Luft, die die Marketingbudgets der Versicherer explodieren lassen würden. Besonders oft äusserten sich die Delegierten zu den lästigen Werbeanrufen der Krankenkassen. In der abschliessenden Abstimmung fassten die EVP-Delegierten mit 63 zu 39 Stimmen und einer Enthaltung die Ja-Parole zur Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse». Die Volksinitiative kommt am 28. September 2014 zur Abstimmung.

KOMMENTAR

Solidarität statt Egoismus

Es ist einfach absurd und paradox, was sich die SVP gegenwärtig leistet: Mit einer Asylinitiative will sie, dass nur noch Asyl erhält, wer mit dem Flugzeug in die Schweiz einreist bzw., dass alle Flüchtlinge gemäss Dublin-Abkommen in das Ersteinreiseland zurückgeschafft werden. Käme die Initiative zustande, würde sich die Schweiz von ihrer humanitären Tradition und ihrer, auch von vielen SVP-lern hochgehaltenen, christlichen Wertgrundlage verabschieden. Getoppt wird dieses Vorhaben nun von der Initiative «Für eine wahrhaftig sachdienliche Entwicklungshilfe mit Anreizsystem». Auch getragen von SVP-Exponenten will sie Entwicklungshilfegelder nur jenen Staaten auszahlen, welche abgewiesene Asylbewerber und Straftäter zurücknehmen und die kein zwingendes Völkerrecht oder die Bürgerrechte missachten. Gerade jene Partei, die immer wieder die Völker- und Menschenrechte in Frage stellt, spielt sich nun als deren Hüterin auf. Fragt man nach den tieferen Motiven der Initianten, kommt Erschreckendes und leider nur allzu Menschliches ans Licht: Egoismus, der die Probleme der anderen ausblendet und das Eigenwohl auf den Sockel stellt und Angst vor Wohlstandsverlust und Fremdem. Für die EVP kann es nur ein Gegenrezept geben: Mitgefühl, Solidarität und Hoffnung!

Joel Blunier
Generalsekretär

Anzeige

fachlich fundiert -
zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Theologie
mit Schwerpunkt
Seelsorge studieren

Liebe Leserin, lieber Leser

Diese dritte Ausgabe von «akzente» im laufenden Jahr nimmt unter anderem Bezug auf die Verabschiedung des neuen Parteiprogrammes der EVP Schweiz. Als Grundlagenpapier unserer politischen Arbeit soll es sowohl Leitfaden wie auch Messlatte sein für unsere Haltung und Ausrichtung. Mit Respekt, und Aufmerksamkeit gegenüber dem Andersdenkenden und in Verantwortung vor Gott, der Partei und unserer Gesellschaft haben es die Delegierten geschafft, ein gutes Parteiprogramm zu verabschieden. Eine Absichtserklärung, die im Wesentlichen die Ziele, die Werte und die Handschrift der EVP Schweiz zum Ausdruck bringt. Wie alle Zusammenfassungen von komplizierten Vorgängen – und da gehört die Politik an vorderster Front dazu – findet sich auch im Parteiprogramm leicht Erkennbares, das jedoch bei näherem Hinsehen noch lange nicht das Eigentliche darstellt. Gerade in der Politik, in Geschäfts- und auch in christlichen Kreisen gibt es die Tendenz, leicht Erkennbares als das Eigentliche anzupreisen. Wie leichtfüssig bin auch ich zuweilen schon in diese Falle hineingetappt. Hüten wir uns deshalb in der Umsetzung unserer Grundsätze vor Schwarz-Weiss-Malerei; vor dem «so tun», als ob alles klar wäre, obwohl die Dinge in der Welt bedeutend komplizierter sind. Das Wesentliche sei für die Augen oft unsichtbar und nur mit dem Herzen zu sehen, schrieb sinngemäss Antoine de St.Exupéry.



Ihre
Marianne Streiff,
Präsidentin der EVP Schweiz

«Erst kommt das Geld, dann die Moral!»

Die Pauschalbesteuerung soll bleiben, dies beschloss der Nationalrat in der Sondersession vom 05. - 08. Mai 2014. Frei nach Bertold Brecht kommentiert EVP-Parteipräsidentin Marianne Streiff diesen Entscheid in der Zeitung Südostschweiz vom 07. Mai 2014.

«Hilfe, wir verblöden! #EJPD-Gutachten zieht sogar Polygamie und #Ehe zwischen Halbgeschwistern in Betracht.»

Das Gutachten von Prof. Ingeborg Schwenzer zum zukünftigen Familienrecht fordert auf, auch über Partnerschaften zwischen Halbgeschwistern und Polygamie nachzudenken. Der passende Kommentar von EVP-Grossrat Ruedi Löffel (BE) auf Twitter am 27. April 2014.

«Wir erleben derzeit eine Überdosis demokratischer Mitbestimmung. Wir ertrinken fast in Volksinitiativen.»

EVP-Nationalrätin Maja Ingold kritisiert in ihrer 1. August-Rede in Oberengstringen, dass zu viele Initiativen den demokratischen Prozess der Schweiz lahmlegen würden. Zitat aus der az Limmattaler Zeitung vom 01. August 2014.

PAROLEN DER EVP

Beschlossen von der Delegiertenversammlung am 28. Juni 2014 in Ittigen BE für die Abstimmung vom 28. September 2014.

Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» **Ja**

Initiative «Schluss mit der MwSt Diskriminierung des Gastgewerbes!» **NEIN**

AUS DEM INHALT

Über die soziale Mitte der EVP und die Lust am Politisieren. Das Interview mit Maja Ingold **3**

Mehrwertsteuer-Initiative reisst ein Loch in die Bundeskasse **4**

Besorgniserregend: Dambruch bei der PID **6**

Anzeige

Das neue Parteiprogramm bestätigt unsere soziale Mitte

Maja Ingold ist bekannt für ihre differenzierte Politik. Man sagt, dass sie nie aufhöre zu denken und dass sie sich auch mal die Freiheit nehme ihre Meinung zu ändern, wenn es dafür handfeste Gründe gibt. Christoph Blocher (SVP) hat kürzlich öffentlich verlauten lassen, dass ihn die Arbeit im Parlament langweile. Wie lustvoll politisiert EVP-Nationalrätin Maja Ingold nach über vier Jahren in der grossen Kammer? Was treibt sie an? Ein Gespräch.



Maja Ingold, EVP-Nationalrätin (ZH)

Maja Ingold. Verzeihen Sie den Schawinsk'schen Einstieg in dieses Gespräch. Wer sind Sie?

Meine Familie fand einst folgende Kurzfassung: «Du hilfst immer den Anderen!» Tatsächlich bin ich die Vermittlerin, die unablässig nach Lösungen sucht, die beiden Seiten gerecht werden. Viele glauben genau zu wissen, was falsch und richtig ist. Für mich steht immer der Vorbehalt im Raum: Der Andere könnte auch Recht haben. Richten und abwerten ist kein akzeptabler Weg.

Können Sie verstehen, dass man sich im «grauen» Parlamentsalltag langweilen kann?

Im Gegensatz zu Christoph Blocher fasziniert mich die Parlamentsarbeit, weil die Fragestellungen und Vorlagen immer die ganze Schweiz betreffen. Und das ist nicht nur lustvoll sondern äusserst spannend. Aus der Erfahrung von 8 Jahren Exekutive (Vorsteherin Departement Soziales Winterthur) weiss ich, dass sich konkret in der Gemeinde auswirkt, was in Bern beschlossen wird. Es gibt durchaus

intelligente Würfe, aber leider auch ungerechte, praxisuntaugliche Gesetzgebungen, die nur die Handschrift einer politischen Ausmarchung tragen.

Was motiviert Sie in Ihrer täglichen politischen Arbeit?

Letztlich motiviert mich der Wunsch, dass das friedliche Zusammenleben in unserem Land immer besser gelingt und nicht jeder nur für sich schaut. Für mich heisst das: Genau hin zu hören, die Argumente beider Konfliktseiten zu verstehen und andere dazu zu motivieren, über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen.

Wie bewältigen Sie die Informationsflut, die im Rahmen der parlamentarischen Arbeit in regelmässigen Abständen über Sie hereinbricht?

Die Papierflut kann einen tatsächlich fast ertränken. Ich könnte mich kaputtlesen. Aber ich bin ein neugieriger Mensch, der gern herausfindet, was andere denken und welche Lösungen zur Debatte stehen. Für den Umgang mit der permanenten Überdosis an Informa-

tionen findet man Strategien der Priorisierung und Schnellerfassung.

Wie haben Sie Familie und Beruf unter einen Hut gekriegt, als Ihre Kinder noch jünger waren?

Ich war - wie alle Mütter in den Mehrfachrollen - ständig am prüfen, wie Ehe, Bedürfnisse der Kinder, mehr ehrenamtliche als berufliche Engagements, Freundschaften und soziales Leben zu vereinen waren. Zu kurz kamen spirituelle Bedürfnisse und persönliche Auszeiten, weil mein Mann mit seiner ärztlichen Praxis beruflich sehr stark eingebunden war. Berufliche oder politische Ambitionen waren zu der Zeit kein Thema, das holte ich dann später in einem Senkrechtstart nach.

Die CVP hat kürzlich eine Initiative lanciert, die Familien entlasten will. Wie stehen Sie zu dieser Initiative?

Die Initiative hört sich gut an. Alle Parteien wollen die Familien stärken. Was die Volksinitiative will - steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen - begünstigt leider die falsche Hälfte der Familienhaushalte, nämlich jene, die finanziell besser gestellt sind. Ich möchte keine Steuergeschenke für Wohlhabende. Die Milliarde Steuer ausfälle, die die Annahme dieser Initiative zur Folge hätte, wüsste ich andernorts besser einzusetzen.

Wie sollten denn Familien am besten unterstützt werden? Wo sehen Sie konkrete Lösungsansätze?

Vor allem sollen Familien mit tiefen und mittleren Einkommen finanziell entlastet werden, am besten mit Familienergänzungsleistungen, analog zu den Zusatzleistungen zur IV und AHV.

Was gefällt Ihnen besonders gut am neuen Parteiprogramm?

Seine Grundverortung aufgrund des Menschenbildes und der christlichen Leitplanken. Die EVP bekennt sich weiterhin zur Mitte zwischen Selbstverantwortung und sozialem Engagement. Mit dieser Hilfe zur Selbsthilfe als bewusstes Mass für das staatliche Handeln ist die EVP einzigartig. Als nationale EVP-Politikerin stehe ich immer zwischen Hammer und Amboss. Vielen sind wir zu links oder zu rechts. Das neue Programm bestätigt unsere soziale Mitte.

Was hat Sie in letzter Zeit besonders gefreut?

Dass ich meine 7 Enkelkinder immer mal wieder mit ihren Familien am Tisch haben darf. Diese Kinderschar beim Essen und Spielen zu beobachten, mit ihnen Bilderbücher an zu schauen und Geschichten zu erzählen, macht mich unbeschreiblich glücklich.

Was wünschen Sie sich am meisten für das kommende Wahljahr?

Dass ich mit meinen Wählerstimmen, die ich im Kanton Zürich erarbeitet habe, helfen kann, den EVP-Sitz für meinen Nachfolger zu sichern.

Maja Ingold, 66

Präsidentin des Musikkollegiums Winterthur, Vizepräsidentin vom Schweizer Vogelschutz (SVS), Stiftungsrätin von Brot für alle, Vizepräsidentin von AWEPA international, Stiftungsratspräsidentin der schweizerischen Stiftung für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen



Von einem Ausserirdischen lernen

Er war nicht grün, hatte keine metallene Stimme und kämpfte nicht mit einem Laserschwert. Er ist Geist, kam aus himmlischen Sphären, nahm menschliche Gestalt an und wurde als bedürftiges Baby in die Welt hinein geboren - Jesus Christus. Er sagte: «Lernet von mir, denn ich bin sanftmütig und von Herzen demütig!» Seit 40 Jahren lerne ich von ihm. Ich lerne mit dem Verstand und dem Herzen und entdecke immer mehr worum es Jesus geht. Er will uns befreien, versöhnen und uns zu einem vorbildlichen und sinnvollen Leben befähigen. Was ist aber ein sinnvolles Leben? Es ist ein Leben, das auf andere ausstrahlt. Dabei geht es mehr um Taten als um Worte. Ziel aller Gotteserkenntnis ist es, die Menschen zu lieben wie Gott sie liebt. Menschen zu lieben heisst, sich tatkräftig für das Wohl des Nächsten einzusetzen. Es bedeutet materielle und geistliche Not zu lindern, aber auch gegen Unrecht in all seinen Formen aufzustehen. Seit mir bewusst geworden ist, dass ich auf zu grossem Fuss lebe (ökologischer Fussabdruck), habe ich meinen Konsum gedrosselt und verzichte auf unnötige Reisen. Ich achte auf Produkte aus fairem Handel, um den Menschen, die meine Kleider nähen, das Edelmetall für mein Handy schürfen oder die Bohnen für meinen Kaffee ernten, einen existenzsichernden Lohn zu ermöglichen. Bildung und Information haben mir die Augen geöffnet, dass ich auf Kosten anderer lebe. Jesus hat mich gelehrt, dass Nächstenliebe immer auch Verzicht bedeutet - eine wahrlich «ausserirdische» Erkenntnis.

Peter Seeberger
Kampagnenleiter StopArmut
2015

Ungerecht und schädlich für die Bundeskasse

Die Mehrwertsteuer-Initiative von GastroSuisse schafft neue Ungerechtigkeiten und reisst ein Loch in die Bundeskasse. Die Delegierten der EVP lehnten die Vorlage an der letzten Delegiertenversammlung in Ittigen am 28. Juni deshalb deutlich ab.



MARIANNE STREIFF
NATIONALRÄTIN

«Diese Initiative führt zu neuen Ungerechtigkeiten und ist finanziell ein No-Go». Es ist unbestritten, dass das Gastgewerbe durch die Take-Aways eine starke Konkurrenz erhalten haben. Aber man kann deswegen nicht alle Restaurants mit einem Mehrwertsteuersatz von 2.5% subventionieren. Bei einer Senkung des Steuersatzes, würden dem Staat laut Schätzung 700 bis 750 Millionen Franken an Steuereinnahmen fehlen. Die Senkung des Steuersatzes

für Gastronomiebetriebe könnte theoretisch eine Einsparung für den Kunden bei einem Restaurantbesuch bedeuten. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass der Konsument am Schluss schlechter dasteht als bisher. Denn die Ausfälle in den Steuereinnahmen müssten vom Bund kompensiert werden. Am wahrscheinlichsten ist eine Erhöhung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes um mehr als ein Prozent. Das hätte eine Verteuerung aller Lebensmittel, von Wasser und Medikamenten zur Folge. Dies muss unbedingt verhindert werden. Die heuti-

Foto: ZAG

ge Einteilung ist korrekt: Für den gesamten Dienstleistungssektor gilt der MWST-Satz von 8 Prozent. Dass dieser auch für die Gastronomiebetriebe gelten sollte, ist klar. Denn der Besuch in einem Restaurant erfolgt meist nicht nur zur Nahrungsmittelaufnahme. Vielmehr geht es um die gesamte Dienstleistung wie Bedienung, Räumlichkeiten, richtiges Geschirr, etc., welche ein Restaurant klar von einem Take-Away unterscheidet.



Foto: Jean-Daniel Roth

Ein klarer Fall für die Delegierten der EVP am 28. Juni 2014.

Aus diesen Gründen fassten die Delegierten der EVP an der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2014 in Ittigen BE mit 79 zu 13 Stimmen und 7 Enthaltungen die Nein-Parole zur Mehrwertsteuer-Initiative von GastroSuisse.

Anzeige

Gratisverzeichnis bestellen

VCH - Verband Christlicher Hotels
Ländli, 6315 Oberägeri
Tel. 041-7549930, Fax 101
E-Mail mail@vch.ch www.vch.ch

vch HOTELS
Verband Christlicher Hotels

EVP ONLINE

«akzente» kann nun auch online gelesen werden. Scannen Sie den QR-Code und lesen Sie «akzente» bequem auf einem Tablet/PC. Oder besuchen Sie einfach unsere Webseite: www.evpppe.ch/akzente.



EVP politisiert ab Juli mit neuem Parteiprogramm

Am Programmparteitag vom 28. Juni 2014 wurde das neue Parteiprogramm der EVP verabschiedet. Vorausgegangen war eine eineinhalbjährige Erarbeitungsphase. Wir bedanken uns ganz herzlich bei der Programmgruppe für Ihren grossen Einsatz.

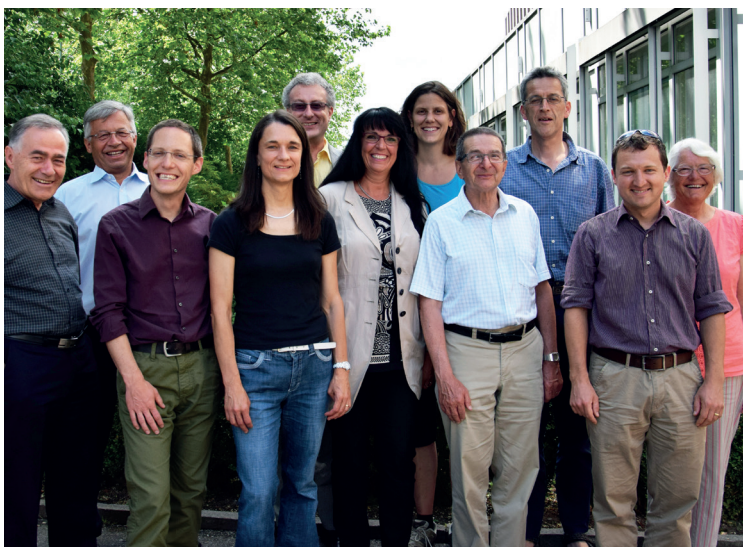


Foto: Jean-Daniel Roth

(Programmgruppe v.l.n.r.) a. EVP-Nationalrat Walter Donzé, Gerhard Fischer, Christian Eckert, Daniel Kaderli, Christa Maag, Monique Holland, Willi Wildi, Michael Gerber, Projektleiter Niklaus Hari, Regula Streckeisen. Mit Marianne Streiff.

(jdr). Der Auftrag, das Parteiprogramm der EVP zu überarbeiten erfolgte durch den Zentralvorstand im Herbst 2012. Angefangen haben die Arbeiten im Frühling 2013. «Das ganze Projekt war viel umfangreicher als anfangs gedacht,» analysiert Projektleiter Niklaus Hari eineinhalb Jahre später und betont: «Ich bin stolz auf das neue Parteiprogramm der EVP. Auf dieser Grundlage kann die EVP die Nationalratswahlen im 2015 in Angriff nehmen. Beim Lesen dieses Programms werden sich viele wiedererkennen und aus vollem Herzen sagen können: Das ist meine Partei. Herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben!»

Grosse Zustimmung

Im Rahmen des Programmparteitages vom 28. Juni 2014 in Ittigen BE wurde das neue Parteiprogramm nun verabschiedet. Im Vorfeld des Programm-

parteitages gingen ganze 66 Anträge ein. Diese grosse Anzahl von Anträgen konnte aber dank einer gut organisierten und effizienten Sitzungsführung in wenigen Stunden behandelt werden. In der Schlussabstimmung wurde das neue EVP-Parteiprogramm von den 110 Delegierten mit nur zwei Gegenstimmen gutgeheissen.

Breite Palette von Themen

Inhaltlich deckt das neue Parteiprogramm mit 18 Themen ein breites Feld ab, wie die folgenden Programmextrakte zeigen:

Familie: Alle Betreuungsformen gleich behandeln. Ehe schützen. Familienfreundliche Quartiere und zwei Wochen Vaterschaftsurlaub.

Lebensschutz: PID verhindern und bei PND vor den Tests über mögliche Gewissenskonflikte und Unsicherheiten aufklären. **Schule:** Übersichtliche Klassen, gute Lehrkräfte, weniger Reformen, 1-2

Lehrpersonen statt viele und wechselnde Lehrkräfte. **Aussenpolitik:** Religionsfreiheit einfordern, insbesondere gegenüber Staaten, in denen Christen verfolgt werden. Menschenhandel bekämpfen. **Umwelt und Energie:** Klima schützen. Klimaverträge, CO2-Abgabe auch auf Treibstoffen. Energie sparen, effizienter einsetzen und auf erneuerbare Energien umsteigen.

Vorstellung im Herbst

Das Parteiprogramm wird nun gelayoutet und danach gedruckt. Eine offizielle Vorstellung des Parteiprogramms ist für den Herbst geplant.

Interessenten können das neue Parteiprogramm schon jetzt in digitaler Form auf dem Generalsekretariat in Bern anfordern: sekretariat@evppev.ch

EVP unterstützt Fair-Food Initiative

Lebensmittel aus einer naturnahen und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen sollen gefördert werden. Die EVP unterstützt dieses wichtige Anliegen und ruft auf, diese Initiative zu unterstützen. Unterschriftenbögen finden Sie auf dieser Kampagnenseite: <http://www.gruene.ch/gruene/de/kampagnen>

Aktion: Ein Like gegen Rassismus

Nach verschiedenen Berichten in den Medien über die wachsende Anzahl von rassistischen Parolen und Kommentaren in den sozialen Medien, entschied die EVP Schweiz, auf ihrer Facebookseite ein Zeichen zu setzen. Alle Facebook-Nutzer wurden aufgerufen, mit dem liken des Banners «Ein Like gegen Rassismus», ein Zeichen gegen fremdenfeindliche Kommentare zu setzen. Begonnen hat die Aktion am Sonntag den 3. August 2014. Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben rund 400 Nutzer diese Aktion geliked auf: www.facebook.com/evppev

Anzeige

Gemeinsam für Wege aus der Not



Ihre Spende schenkt Menschen wieder Hoffnung.
Spendenkonto 80-40115-7
www.swsieber.ch



Sozialwerke Pfarrer Sieber
auffangen – betreuen – weiterhelfen

IV-Revision wieder auf der Agenda

In der Wintersession 2012 titelte der Blick noch zum Engagement von Maja Ingold (ZH): «Frau aus der Mitte findet den IV-Kompromiss». Die EVP-Nationalrätin hatte erfolgreich eine Aufteilung der IV-Revision bewirkt. Jetzt stehen die umstrittenen Rentenkürzungen bereits wieder auf der Agenda. Die EVP hat den entsprechenden Vorstoss abgelehnt. Für sie gilt unverändert: Erst müssen die Auswirkungen der letzten Revisionen abgewartet werden.

Problematische Stop-Aids-Kampagne 2014

Für EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) geht die aktuelle Stop-Aids-Kampagne des Bundesamtes für Gesundheit zu weit. Sie will vom Bundesrat wissen, weshalb eine interne Evaluation übergegangen worden ist, die zum Schluss kam, dass Plakate mit extremen Bildwelten von einem breiten Publikum nicht akzeptiert würden. Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) stellt den Mittlereinsatz mit einer zweiten Interpellation grundsätzlich in Frage. Obwohl Burnout und Depression für viele Suizide mitverantwortlich seien, stehe für deren Prävention viel weniger Geld bereit als für die Stop-Aids-Kampagnen.

Nachhaltige Entwicklung ist gefordert

Mit einer weiteren Interpellation klopft Maja Ingold dem Bund, beziehungsweise dessen Entwicklungsbank SIFEM AG auf die Finger. Deren Mithilfe bei der Rodung von Wäldern und dem Bau von Luxussiedlungen in El Salvador liessen sich möglicherweise zu wenig mit Nachhaltigkeitskriterien vereinbaren. In der Fragestunde will Ingold zudem vom Bundesrat wissen, wie der Bund ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum fördern kann, das die Schere zwischen Arm und Reich verringert.

Dammbruch bei der PID

EVP-Nationalrätin Marianne Streiff beantragte in der Sommersession, gar nicht erst auf eine Öffnung der Präimplantationsdiagnostik einzutreten. Leider fand sie keine Mehrheit. Weiter hat das Parlament zahlreiche Volksinitiativen beraten.



Marianne Streiff und Maja Ingold im Nationalrat.

(ms/mi/nh). EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) wollte gar nicht erst eintreten auf den Vorschlag des Bundesrates, die **Präimplantationsdiagnostik (PID)** in engen Grenzen zuzulassen. Sie befürchtete «einen Dammbruch im Verständnis von der Würde und dem Wert des menschlichen Lebens.» Leider wurde ihr Antrag mit 157 zu 22 Stimmen abgelehnt. In der anschliessenden Debatte bestätigte der Nationalrat die schlimms-

ten Befürchtungen. Er öffnete alle Schleusen und will auch das Aussortieren von Embryonen mit einer Chromosomenstörung (z.B. Trisomie 21) zulassen. Nun geht die Vorlage zurück an den Ständerat. Weil eine Verfassungsänderung nötig ist, wird das Volk das letzte Wort haben.

Weiter war die Sommersession von zahlreichen Initiativen und Debatten geprägt. Die CVP erlitt mit ihrer **Initiative für steuerfreie**

Kinder- und Ausbildungszulagen eine herbe Niederlage. Zwar will auch die EVP Familien unterstützen. Dies aber gezielt und nicht mit einem 1-Milliarden-Steuereschen an jene Hälfte aller Familien, welche überhaupt direkte Bundessteuern bezahlt. Wie erwartet hatte die **Ecopop-Initiative** keine Chance im Parlament. Eine Nein-Empfehlung beschlossen beide Kammern auch zur Initiative **«Rettet unser Schweizer Gold»**. Der Ständerat konnte sich ferner weder für die glp-Initiative **«Energie statt Mehrwertsteuer»** noch für die Abschaffung der **Pauschalbesteuerung** erwärmen. Kurzerhand zurückgewiesen hat er die EVP-Initiative **«Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»**, um deren Gültigkeit genauer zu prüfen. Die EVP blickt dem Resultat gelassen entgegen.

Nach jahrelangem Hin- und Her wurde die Totalrevision des **Bürgerrechtsgesetzes** doch noch verabschiedet.

Alle betonen, die **Geldwäscherei** bekämpfen zu wollen, doch bei konkreten Massnahmen hapert es. So konnte sich eine Mehrheit des Nationalrates nicht dazu überwinden, Bargeldzahlungen nur bis maximal CHF 100'000 zu erlauben. Nun droht der Schweiz erneut ein Platz auf einer schwarzen Liste.

Vollständiger Sessionsbericht:
www.evpppev.ch/aktuell

TERMINE

- 13. September 2014 *jev, Bundeshaus, Bern 10-Jahres-Jubiläum
- 28. September 2014 Eidgenössische Volksabstimmung
- 25. Oktober 2014 EVP Schweiz Fokustag 10 Millionen Schweiz, **(abgesagt)**
- 28. November 2014 EVP Schweiz, Herisau Kantonalparteienkonferenz Club1000-Event
- 29. November 2014 EVP Schweiz, Herisau Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 30. November 2014 Eidgenössische Volksabstimmung

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 21. Jahrgang, Nummer 3, August 2014
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber: EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, 031 351 71 71, info@evpppev.ch, www.evpppev.ch
Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder
Redaktion: Jean-Daniel Roth (jdr)

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Marianne Streiff, Maja Ingold, Joel Blunier, Ruedi Löffel, Niklaus Hari, Peter Seeberger, Thomas Wirth, Ruedi Löffel, Ellen Tedaldi (Korrektorat)

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

Gruppe «Menschenhandel» ist aktiv

Als nächstes will sich die Arbeitsgruppe weiter in die Thematik einarbeiten, die verschiedenen Studien und Berichte sammeln und analysieren, das skandinavische Modell noch besser kennen lernen und die von Lilian Studer übersetzten Gesetzestexte studieren. Danach wird die Arbeitsgruppe ein Argumentarium für die EVP erarbeiten. Weitere Mitglieder sind herzlich willkommen. Da es noch keine fixen Strukturen gibt, können sich Interessierte gut einbringen. Kontaktieren Sie bei Interesse: matthias@stuermer.ch

1. August-Feier mit Maja Ingold in Oberengstringen

(tw/jdr). Zur diesjährigen 1. August-Feier in Oberengstringen wurde EVP Nationalrätin Maja Ingold als Rednerin eingeladen. Nach der Begrüssung von Gemeindepräsident André Bender sprach Maja Ingold zum Thema Demokratie. Die Schweiz erlebe derzeit eine Schwemme von Initiativen, die den demokratischen Prozess der Schweiz lahmlegen würde. «Wir ertrinken fast in Volksinitiativen», kritisierte Nationalrätin Maja Ingold. Sie stellte die Frage, welches wohl der beste Weg für die Schweiz der Zukunft sei. Und sie betonte, dass wir trotz dem Erfolgsmodell der direkten Demokratie keine Insel darstellten, sondern auch auf unsere Nachbarn angewiesen seien.

Fokustag abgesagt

Leider musste der «Fokustag 10 Millionen Schweiz» aus resourcetechnischen Gründen abgesagt werden.

Abschied von Hans Rudolf Neuhaus

Am 28. April 2014 ist Hans Rudolf Neuhaus im 64. Altersjahr verstorben. Er engagierte sich viele Jahre als Mitglied des Zentralvorstandes der EVP und im Vorstand der Bezirkspartei Hinwil. Für die kommende Zeit wünschen wir den Hinterbliebenen viel Kraft und Gottes Trost.

Die EVP stellt den ersten Stadtpräsidenten von Wetzikon

(jdr). Ruedi Rüfenacht (EVP) wurde am 18. Mai 2014 im zweiten Wahlgang mit einem klaren Vorsprung von 1233 Stimmen auf seinen Kontrahenten Heinrich Vettiger (SVP) ins Stadtpräsidium von Wetzikon gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei über 40 Prozent. Bereits im ersten Wahlgang hatte der bisherige Vizepräsident der Gemeindeexekutive deutlich mehr Stimmen erhalten als Vetter. In der Geschichte von Wetzikon wurde am 30. März 2014 zum ersten Mal ein Gemeindeparlament gewählt. Diese löste die Gemeindeversammlung ab.

In Wetzikon verwurzelt

Der zweifache Vater ist Architekt, Wirtschaftsingenieur und Geschäftsführer einer Generalunternehmung. Ruedi Rüfenacht

ist in Wetzikon aufgewachsen und war von 2006 - 2014 Gemeinderat.



Ruedi Rüfenacht, neu gewählter Stapi von Wetzikon.

Wir gratulieren Ruedi zu diesem glanzvollen Resultat und wünschen ihm alles Gute und Gottes Segen für seine erste Amtszeit als Stadtpräsident von Wetzikon.

Mitgliederzuwachs und Vizepräsidium des Grossen Rates

(rl/jdr). Der Grosse Rat hat zu Beginn der Juni-Session den Thuner EVP-Grossrat Marc Jost mit 133 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten gewählt.



Marc Jost, neuer Vizepräsident des Grossen Rates.

Die EVP kann damit rechnen, 2015 den höchsten Berner zu stellen. Zur Ratspräsidentin wurde SVP-Grossrätin Béatrice Struchen gewählt. Der EVP-Politiker Marc Jost ist auch Co-Generalsekretär der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) und Geschäftsführer des Verbandes Interaction, der 22 Mitgliedorganisationen im Bereich Entwicklungshilfe umfasst, die in 78 Ländern arbeiten und Spenden von 60 Millionen Franken für ihre Tätigkeit einsetzen.

Die EVP wächst auch in Bern

Während andere Parteien seit Jahren Mitglieder verlieren, wächst die EVP weiter. So auch im Kanton Bern. Die EVP hat dort nun über 1500 Mitglieder. «Der Trend geht eindeutig nach oben», freut sich Ruedi Löffel, Co-Geschäftsführer der EVP Kanton Bern.



Für den Regierungsrat nominiert

Die EVP des Kantons Zürich will mit dem Winterthurer Nik Gugger bei den Regierungsratswahlen im kommenden Frühling einen Sitz erobern. Die Delegierten haben ihn am 2. Juli 2014 in Zürich einstimmig nominiert.

Weitere Ämter

Elisabeth Rickenbach rückte per 1. Juni 2014 für Matthias Müller nach im Grossen Rat des Kantons Thurgau. Das EDU/EVP-Fraktionspräsidium, das Matthias Müller inne hatte, ist neu bei der EDU (Daniel Wittwer). Dies war schon zu Beginn der Legislatur so abgemacht. Sara Fritz ist seit 1. Juni 2014 Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK) in ihrer Wohngemeinde Birsfelden (BL). In Gächlingen (SH) wurde am 6. Juli 2014 neu Roland Schönenberger in den Gemeinderat gewählt. Nachfolgerin von Walter Nyffeler im Gemeinderat von Lotzwil (BE) wurde per 1. September 2014 Margrit Hofer-Zumbrunn. Im Gemeinderat Uetendorf (BE) löst Daniel Würsten Margret von Bergen ab. Wegen beruflichen Veränderungen wird Daniel Steiner-Brütsch per 31. Oktober 2014 als EVP-Grossrat (BE) zurücktreten. Nachfolgerin von Steiner wird Christine Grogg-Meyer aus Bützberg.

Parteiämter

Das Präsidium der EVP der Stadt Illnau-Effretikon (ZH) ist von Martin Bischof an David Zimmermann übergegangen. Elisabeth Augstburger hat ab Ende August das Präsidium der EVP Liestal (BL) übernommen.

A.Z.B.
3000 Bern 7



Foto: Jean-Daniel Roth

KMU-Forum 2014 in Wimmis

(jdr). Am 9. Mai 2014 trafen sich rund 50 KMU-Vertreter zum KMU-Forum 2014, das dieses Mal in Wimmis bei der Wenger Fenster AG gastierte. Das Motto des KMU-Forums war: «Beim Bauen Energie gewinnen». Nach einer aufschlussreichen Führung durch das Unternehmen Wenger Fenster AG kamen die Teilnehmer in den Genuss höchst interessanter Referate zum

Thema Energiegewinnung am Bau. Als Einstieg gab EVP-Nationalrätin Maja Ingold einen Überblick über die Energiestrategie 2050. Architekt Werner Setz stellte realisierte Projekte von Plusenergiehäusern vor und zeigte damit auf, wie mit Verhaltensänderungen von Mietern in Kombination mit modernster Technologie sehr viel Energie gespart werden kann. Solarenergie-

Spezialist Patrick Hofer Noser der Firma Meyer Burger AG sprang kurzfristig für den ursprünglichen Hauptreferenten Fred Jung ein, der aus familiären Gründen absagen musste. Ein gemeinsames Nachtessen im Gasthof Löwen rundete das gelungene KMU-Forum 2014 ab. **Das KMU-Forum 2015** findet am 08. Mai statt. Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am Samstag, 29. November 2014, 10.00 bis 13.00 Uhr im Casino in Herisau.

1. Eröffnung der Tagung durch die Parteipräsidentin
2. Besinnliche Einleitung und Grussworte
3. Abstimmungsvorlagen vom 08. März 2015
4. Schlusswort

Mittagessen

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Die Parteipräsidentin
Marianne Streiff

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 29. November an.
(Webanmeldung möglich unter www.evpppev.ch/dv)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev- Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 26. November 2014 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

KMU-NETZWERK

Mitglied werden

(jb). Das KMU-Netzwerk der EVP vereint Unternehmer/-innen, Selbständigerwerbende, Fach- und Führungspersonen aus Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft, Mitglieder von Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten, Politiker/-innen sowie weitere Interessierte. Das KMU-Netzwerk der EVP hat zum Ziel, die gesetzlichen, administrativen und steuerlichen Rahmenbedingungen für KMU zu vereinfachen und zu verbessern, den Fachaustausch und den Informationsfluss zu fördern und die Schweizer KMU untereinander sowie mit der Politik zu vernetzen. Mitglied werden unter: www.evpppev.ch/kmu